Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte: In der Haupt-Expedition oder deren Ausgabestellen abgeholt monatlich: Ausgabe A (1 mal täglich) 70 Pf., Ausgabe B (2 mal täglich) 80 Pf., bei Zustellung ins Haus Ausgabe A 80 Pf., Ausgabe B 1 Mark. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen (1 mal täglich) innerhalb Deutschlands monatlich 1 Mark ausschl. Bestellgebühren, für Oesterreich-Ungarn 5 K 45 h vierteljährlich, die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1173.
Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1.
Telephon I, Nr. 9275.

Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

die 6gespaltene Petitzeile für Geschäftsinserate aus Leipzig und Umgebung 25 Pf., Familien-, Wohnungs- u. Stellen-Anzeigen, sowie An- und Verkäufe 20 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf.
für Inserate von auswärts 30 Pf. Reklamen 75 Pf., auswärts 1 Mark. Beilagegebühr 4 Mark p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Für Inserate vom Auslande besonderer Tarif.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Tel. VI, 4603).
Filial-Expedition: Dresden, Marienstr. 34.

Nr. 55. Sonntag 24. Februar 1907. 101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Der Kaiser, der gestern früh nach 9 Uhr die Reise von Wilhelmshaven nach Bremen per Automobil antrat, ist nach kurzem Aufenthalt in der Hansastadt um 2.15 von dort weiter gereist. (D. Dtschs. R.)

* Der Kaiser wird das Präsidium des Reichstages heute mittag in Audienz empfangen.

* Am gestrigen Tage wurde im preußischen Abgeordnetenhause weiter über die Interpellation wegen des Unglücks auf der Grube Reden verhandelt. (S. Dtschs. R.)

* Der Inhalt des zwischen Oberstleutnant v. Engdorf und den Bondelzwarts-Hottentotten abgeschlossenen Unterwerfungsabkommens wird bekanntgegeben. (S. Letzte Depp.)

* Generalmajor Keim hat anläßlich der gegen ihn in der „Germania“ und dem „Bayerischen Kurier“ gerichteten Angriffe Klage erhoben und ein ehrengerichtliches Verfahren beim Generalkommando des 3. Armeekorps beantragt. (S. Dtschs. R.)

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht eine amtliche Liste der deutschen Passagiere, die sich auf dem bei Hoek van Holland gesunkenen Dampfer „Berlin“ befunden haben. (S. d. bes. Art. unter Neues a. a. W.)

* Baron v. Stael, ehemaliger russischer Botschafter in London, ist in Paris gestorben.

* Der nächste Kadettenkongreß soll, wenn er in Petersburg beschlossen wird, am 28. Februar in Helsingfors stattfinden. (S. Ausl.)

* Im französischen Ministerium des Innern sind 98 Beamte abgesetzt. (S. Ausl.)

Farbe bekennen!

Aus Dresden wird uns geschrieben:

Nachdem die Wahlschlacht geschlagen und gewonnen ist, haben sich die Führer der verbündeten bürgerlichen Parteien die Hände geschüttelt, für die gegenseitige Unterstützung gedankt, und in der Presse sind die üblichen, hier gewiß wohl angebrachten Höflichkeiten ausgetauscht worden. Dann hat man sich wieder in das Lager seiner Partei zurückgezogen, nach dem alten Grundsatz: Getrennt marschieren, vereint schlagen. So ist es ziemlich allgemein im Deutschen Reiche gehandhabt worden, nur in einigen sächsischen Wahlkreisen wird eine Ausnahme gemacht. Dort haben sich die Körperschaften, die unter der nationalen Flagge als Nationaler Wahlverein, Nationaler Ausschuß u. a. m. es verstanden, die verschiedensten Korporationen, wie christliche Arbeitervereine, Hausbesitzervereine, Anwaltsvereine, Mieter-, Reform-, Mittelstands- und Turnvereine, kaufmännische und andere Organisationen, zu sich heranzuziehen und im Wahlkampf gegen den gemeinsamen Feind zu führen, nach der Wahl nicht aufgelöst, sondern sie sind, wie man in liberalen Kreisen sagt, chronisch geworden, ja es bilden sich fortwährend ähnliche Körperschaften, und zwar, ob Verein, Bureau, Ausschuß oder sonst ein Titel gewählt wird, das Wort national oder vaterländisch ist immer dabei.

Nun soll es uns zwar sehr fern liegen, undankbarer Weise die z. B. von dem Dresdner nationalen Ausschuß geleistete Arbeit in dem eben beendeten Wahlkampf herabzusetzen. Aber wenn jetzt, nach der Wahl, solche nationale Ausschüsse wie Pilze aus der Erde wachsen, dann frägt man sich unwillkürlich: Wozu? Die Aussichten auf eine nochmalige Auflösung des deutschen Reichstags sind minimal. Der Kaiser wird eher einen Reichskanzler und drei Kolonialdirektoren opfern, ehe er diesen Reichstag auch nur um eine einzige Session verkürzt. Trotzdem wird von den sogenannten nationalen Wahlvereinen und Ausschüssen gearbeitet, als gelte es, in allernächster Zukunft wieder eine ähnliche Aktion in die Wege zu leiten wie die am 25. Januar.

Die Tatsache, daß gerade in Sachsen diese Tätigkeit entfaltet wird, ist zu auffällig, um mit Stillschweigen übergangen zu werden, denn in der Tat stehen wir ja in Sachsen schon wieder vor Wahlen, vor den Wahlen zum sächsischen Landtag, die wichtiger sind und schärfere Gegensätze zeitigen werden, als viele ihrer Vorläufer, denn der nächste Landtag wird bekanntlich Geschichte machen, da er die Entscheidung über die Regierungsvorlage zur Reform des sächsischen Wahlrechts zu treffen hat. Und da es die Pflicht des Volkes, vor allem die Pflicht des liberalen Bürgertums ist, beizeiten dafür zu sorgen, daß der große Moment nicht ein kleines Geschlecht finde, hat man zu prüfen, ob die obenerwähnten politischen Körperschaften geeignet erscheinen, durch Mitwirkung bei den Landtagswahlen den Boden für die Wahlrechtsreform in liberalem Sinne, für ein neues frisches politisches Leben in Sachsen vorzubereiten.

Die Antwort lautet: Nein, — dreimal nein!

Bei den Wahlen zum Sächsischen Landtage handelt es sich nicht darum, die Sozialdemokratie niederzureiten oder den Zentrumsturm zu erschüttern. Da werden sich vielmehr zwei andere große Parteien gegenüberstehen: Konservative und Liberale.

Gerade die Liberalen haben ein ganz hervorragendes Interesse daran, die Situation klarzustellen und alle Versuche, durch Verschleierung der Gegensätze über den wahren Sachverhalt hinwegzutäuschen, im Keime zu ersticken. Sie können, wenn sie einig sind, mit vollen Segeln in den Wahlkampf fahren, denn sie haben einen guten Wind für sich, die frische Brise des fortschrittlichen Geistes, der augenblicklich durch Sachsen geht und den Männern der alten Richtung erges Frösteln verursacht. Es wäre eine schwere Sünde wider den Geist des Liberalismus, wollten sie sich diese seltene Gelegenheit entgehen lassen, die so leicht nicht wiederkehren dürfte. Die alten knorrigen Eichen des sächsischen Konservativismus werden sich freilich so leicht nicht umwerfen lassen, aber ihre Blätter beginnen schon zu fallen. Seit Wochen wenigstens munkelt man, daß eine Spaltung in der konservativen Partei bevorstehe, daß eine neue, eine gemäßigt konservative Partei gebildet werden soll, bei der man darauf spekuliert, daß sich ihr auch Elemente anschließen, die bisher nationalliberal wählten, sich wohl gar auch nationalliberal nannten.

Gerade von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, muß den Liberalen die Tätigkeit der sogenannten rein nationalen Organisationen im gegenwärtigen Augenblicke gefährlich erscheinen. Das liberale Bürgertum muß dagegen Front machen, daß ein Teil seiner Anhänger mit einer Mischmasch-Partei von Konservativen, Antisemiten, Mittelständlern und anderen Politikern, die sich von wirtschaftlichen Organisationen Direktive geben lassen, einen Strang ziehen. Gerade angesichts der Wahlrechtsreformvorlage müssen die Liberalen in Sachsen auf ihrer Hut sein, sie müssen das ihrige dazu tun, daß ein Landtag gewählt wird, dem die Regierung bieden guten Willen dazu hat, ein auf freiheitlicher Grundlage aufgebautes Wahlsystem mit einiger Aussicht auf Erfolg entbieten kann. Deshalb muß man von den nationalen Ausschüssen und ähnlichen Organisationen verlangen, daß sie Farbe bekennen. Sie müssen bindende Erklärungen über ihre Absichten bezüglich der Wahl für den Landtag abgeben. Wollen sie sich, was angesichts ihrer augenblicklichen fieberhaften Tätigkeit nicht recht glaubhaft erscheint, überhaupt nicht daran beteiligen, — nun gut, dann läßt man es auch auf nationalliberaler Seite bei der wohlwollenden Versicherung bewenden, daß man ihren Bestrebungen sympathisch gegenübersteht und daß bei der nächsten Reichstagswahl die Waffenbrüderschaft erneuert wird. Andernfalls jedoch muß der Stier bei den Hörnern gefaßt und die reinliche Scheidung vollzogen werden. Die Liberalen aller Schattierungen müssen abrücken und sich um ihre Fahne scharen, und zwar je eher desto besser. Ein Herumdrücken um diese Frage bedeutet Verschwendung kostbarer Zeit, die schwere Folgen nach sich ziehen kann. Hier darf es für die Liberalen kein Feilschen und Paktieren geben, es ist nicht Zeit zum Verhandeln, sondern zum Handeln. Deshalb heißt es heute: Farbe bekennen, hüben wie drüben.

*

Die in den vorstehenden Ausführungen mit dem Hinweis auf die rein „nationalen“ oder „vaterländischen“ Vereine gekennzeichnete Gefahr für das parteipolitische Leben wird auch in der letzten Nummer des „Nationalliberalen Vereinsblattes“ charakterisiert. Dort heißt es in bezug auf die rein nationalen Vereinsorganisationen:

Worauf kommt es denn an? Die Parteigegensätze beseitigt man nicht, indem man ihre Berechtigung bestreitet. Das politische Leben verlangt nach dem Kampf der Meinungen, weil sich nur aus diesem Kampfe heraus Erkenntnis entwickelt, und auf dieser Erkenntnis beruht die Möglichkeit jedes Fortschrittes. Man wendet ein: es genügt, wenn diese Vereine eine politische Verteidigungsarbeit leisten. Gut, aber mit dieser Verteidigung ist noch nicht alles getan, was getan werden muß. Auf die positive Arbeit kommt es an: nicht nur zu verteidigen gilt es, es gilt den Gegner im offenen Felde zu stellen. Die Sozialdemokratie ist unsere stärkste Partei. Wie kann man hoffen, einer starken Partei durch die Proklamierung der Parteilosigkeit Abbruch zu tun? Wir wissen es doch aus den Zeiten des Kartells, wie sehr der Vorteil augenblicklicher Erfolge hintennach aufgezehrt wird durch die unvermeidlich eintretende Erschlaffung aller politischen Kräfte.

Ist es denn überhaupt richtig, unser ganzes politisches Leben unter ein einziges Kampfzeichen zu stellen? Damit erklärt man doch die Sozialdemokratie geradezu zur herrschenden Macht. Hypnotische Starrheit muß den Wähler erfassen, wenn man ihn zwingt, den Blick immer und immer auf eine Stelle, auf das „Rotfeuer“ zu richten. Damit reden wir nicht der Gleichgültigkeit gegen eine Gefahr das Wort; wir wünschen nur, daß diese Gefahr richtig geschätzt werde. Geschieht das, so wird man nicht darauf ausgehen, die politischen Kräfte zu binden, sondern zu lösen. Einigkeit macht stark. Gewiß! Die Einigkeit kann aber auch zur Schwäche werden, wenn sie die verbundenen Glieder an ihrer Entwicklung hindert. Es ist ganz unmöglich, alle politischen Fragen rein vom nationalen Standpunkt aus zu behandeln, zumal in einer Zeit, welche soziale und wirtschaftliche Aufgaben bedeutsamster Art in den Vordergrund rückt. Es müssen also gerade Dinge, die unter Umständen zu einer Scheidung führen, der Einigkeit wegen ausgeschaltet werden, und dieses Ausschalten führt eben das herbei, was uns in Sachsen so sehr schadete: Gleichgültigkeit, Unklarheit, Verschwommenheit. Niemand wird wünschen, daß z. B. unsere Landtagsangelegenheiten nur nach Parteigesichtspunkten behandelt werden; hier heißt es: je sachlicher um so besser; allein vollständig ausscheiden läßt sich auch hier die Parteienschattierung nicht; sie wird unter Umständen um so lebhafter hervortreten, je notwendiger es ist, von grundsätzlichen Auffassungen auszugehen. Ueberflüssig zu sagen, wie berechtigt bei den Landtagswahlen die Frage nach diesen grundsätzlichen Anschauungen, kurz gesagt, der Parteirichtung ist. Man muß im politischen Leben treffen, was man will. Das ist die Vorbedingung jedes Erfolges.

Irland und die Liberalen.

(Von unserem Londoner K.-Korrespondenten.)

Die konservative Presse gefällt sich in den letzten Wochen in einer fortgesetzten Diskreditierungskampagne gegen die liberale Regierung. Wenn die Konservativen in Opposition waren, pflegte die fast ganz konservative Londoner Presse im Lügen ihre amerikanischen Kolleginnen immer bei weitem in den Schatten zu stellen. Die liberale Opposition, soweit sie in der Presse in Erscheinung trat, hat hingegen immer den Anstand zu wahren gewußt. Man kann ja der Regierung vorwerfen, daß sie einigermaßen weit geht, indem sie ein „game of bluff“ spielt zur Bedrohung des Oberhauses, gegen das sie doch noch keinen wirklich brauchbaren Plan hat. Ein „game of bluff“, wie es die Konservativen selbst in der auswärtigen Politik nicht gespielt haben, trotz Bismarcks Aperçu über die eisenfarbig angestrichene Latte, der Marquis von Salisbury. Die Konservativen hatten aber einen solchen Bluff in inneren Angelegenheiten nie nötig, da sie das Land schlankweg terrorisierten. Mit dem Vorwurf des Bluffs, der sich übrigens gar leicht in einen plötzlichen Schlag entladen kann, wenn Mr. Balfour nicht sehr sorgfältig ist, ist aber auch so ziemlich alles vorgebracht, was sich gegen die Regierung sagen läßt. Die Einheit im Kabinett, die man konstant zu bezweifeln gesucht hat, ist größer, als unter irgend einem liberalen oder Tory-Vorgänger. Gerade in seiner Fähigkeit, diese Einheit zu erhalten, zeigt sich Campbell-Bannermans politische Begabung am besten. Aber mehr, auch die Einigkeit zwischen den Mehrheitsparteien ist eher im Wachsen, als in der Abnahme; alle Legenden von einer Spaltung sind unzutreffend; selbst die Iren sind mit dem Kabinett zufrieden.

Wenn auch die Führer manchmal noch auf offener Szene sehr ernstlich die Stirne runzeln, so schüttelt man sich hinter den Kulissen schon länger die Hände. Die Landbevölkerung ist durch die unionistische Agitation in Irland eben heftig erregt worden. Man hat sie in den Glauben versetzt, der Liberalismus werde seine Wahlversprechungen ebensowenig halten, als die Unionisten ihr feierliches Parlamentsversprechen vom Jahre 1903 gehalten haben. Jüngst aber hat man das in der Parlamentsgeschichte seit 100 Jahren unerhörte Schauspiel erlebt, daß ein Irenführer, der an Verstand und Energie, vor allem aber auch an Einfluß auf seine Landsleute alle seine hochbegabten Vorgänger übertrifft, daß John Redmond auch vor den Kulissen Herrn Birrel, dem neuen Staatssekretär für Irland, seine volle Zufriedenheit ausgesprochen und ihm des uneingeschränkten Vertrauens seiner Partei versichert hat. Demselben Birrel, über dessen Unfähigkeit zur Lösung der irischen Probleme und über dessen fanatisch-feindliche Aufnahme durch die Iren die konservative Presse so außerordentliche Wildenten hatte in Scharen auffliegen lassen. Man muß das grimmige Hagengesicht Redmonds mit der unbarmherzigen Hakennase und den zermalmenden Kinnbacken unter dem kurzgehaltenen Schnurrbart kennen, man muß sich der Schwerter erinnern, die früher aus diesem Munde zu kommen schienen, um die ganze politische Tragweite des liebenswürdigen Lächelns zu würdigen, das gestern um diese Lippen spielte.

Mr. Birrel und die Regierung können mit diesem Empfang, die Iren mit der Art und Weise zufrieden sein, wie sich Birrel den Empfang gesichert hatte. Birrel ist zweifellos das größte organisatorische Talent, über das die liberale Partei gegenwärtig verfügt. Selbst Balfour hat gesagt, daß sich Birrel jeden neuen Morgen, den er in Irland aufwachte, an der Spitze einer neuen Departements fand, von dem er nie zuvor gehört hatte. Tatsächlich besteht die irische Exekutive aus nicht weniger als 65 Departements, die alle durcheinander arbeiten. Hier Ordnung zu schaffen, bedarf es eines ungewöhnlich systematischen und arbeitsfrohen Kopfes. Als Sir Charles Wyndham im Jahre 1903 seine irische Landbill durchbrachte, stimmten ihr die Nationalisten nur zu, nachdem eine Deputation während der Agrarunruhen egmittierter und noch immer obdachloser Bauern an der Barre des Unterhauses das feierliche parlamentarische Versprechen aller Parteien, vor allem natürlich der regierenden Unionisten, erhalten hatte, daß die Landkommissare die Wiedereinsetzung dieser Unglücklichen mit größter Beschleunigung durchführen sollten. Die Konservativen haben aber diese dringende Hilfsaktion zu verschleppen gesucht, wie auch Balfour kein Recht hat, über die irische Departementswirtschaft zu spotten, die gerade seine Partei durch 15 Jahre hat bestehen lassen, weil Irland der günstigste Boden für den Parteinepotismus war. Im Jahre 1903 hatten die Konservativen glauben machen, daß die egmittierten Farmer etwa 1000 an der Zahl wären, die Anmeldungen beliefen sich aber auf 6660, und von diesen wurden in 3½ Jahren gerade 644 erledigt. Birrel hat nun in dem einen Monat, den er sich in Irland befindet, Dampf aufgemacht, alle entbehrlichen Beamten an die Arbeit gestellt, dem Schatzsekretär zur Durchführung der Reform so viel Geld abgelockt, als er erhalten konnte, und durfte jetzt versprechen, daß er bis Mai mit der ganzen Transaktion fertig zu werden hoffe. Das allein ist schon ein großes Stück „Devolution“.

Aber Birrel machte noch eine viel weiter gehende Zusage. Selbst die Lords fanden es in der letzten Session atavistisch, wie der schlimmste der Landlords, Lord Clanricarde, seine Bauern und Pächter lediglich nach der Praxis der Bintegel und Seelenverkäufer behandelt, namentlich aber die Pächter bis in den physischen Ruin verfolgt, wenn sie bei der Vertragslösung den ihnen gesetzlich zustehenden Wert der Meliorationen forderten. Man wagte bisher nicht, gegen diese Art von Landvandismus gesetzgeberisch vorzugehen, weil es an einem Präzedenzfalle fehlte. Birrel hat diesen gefunden, wenn auch nur in einem Gesetz der Präsidentschaft Bombay, das in analogen Fällen die Ernennung einer Verwaltungskommission über den Landbesitz derartiger Ausbeuter vorsieht. Dieses Gesetz will Birrel mit einer noch in der laufenden Session einzubringenden Bill kopieren, ein hübscher Beitrag zur Politik des „filling the cup“, zumal die Bill über den schottischen Parzellenbesitz in Schottland denselben Gedankengang verfolgt und bei den Lords ebenfalls äußerst anstößig ist. Die ehrliche Durchführung der Landbill von 1903 und ihrer legislativen Ergänzungen ist eine derjenigen großen Kulturforderungen, hinter denen in Großbritannien immer die ganze Nation steht, sobald der rechte Mann die Sache in die Hand nimmt, und deshalb ein äußerst geschickter Zug des Kabinetts zur Vorbereitung der Wahlen.

Verband
deutscher Post- und Telegraphenassistenten und Postverwalter.

Wie wir schon kurz meldeten, hat der am 18. Februar in Berlin abgehaltene 2. Postverwaltertag beschlossen, die Postverwalter-Vereinigung bestehen zu lassen und einen Anschluß an den Verband Deutscher Post- und Telegraphenassistenten abgelehnt. Zum Vorsitzenden der Postverwalter-Vereinigung ist Postverwalter Wiebenhoff wiedergewählt worden. In der „Postalischen Rundschau“ soll ein Verbandsorgan entstehen. U. a. soll auch die Einführung besonderer Gehaltssätze für die Postverwalter erstrebt werden. Schon aus den am Sonnabend, den 16. Februar, geführten Verhandlungen trat die ablehnende Haltung der Vertreter der Postverwalter scharf hervor.

Es hat also auch hier der in jedem Deutschen mehr oder weniger lebende Geist der Eigenbrödelei gesiegt.

Ob dieser Beschluß zum Heile der Postverwalter ausfallen wird, glauben wir füglich bezweifeln zu müssen.

Wir führten an dieser Stelle schon aus, daß wir die Erfolge, die die mittlere Postbeamtenschaft bezüglich ihrer dienstlichen und gesellschaftlichen Stellung erlangt hat, nur ihrem festen, einmütigen Zusammenhalten zuschreiben. Durch die Trennung der Postverwalter wird ein Keil in diese Einmütigkeit getrieben. Es sollen zwar möglichst Konflikte mit dem Verbande vermieden werden; aber was soll das heißen? Die nächste Folge wird sein, daß der Verband nun den Zusatz zu § 10 der Verbandssatzungen, nach welchen Mitglieder Vereinigungen innerhalb des Verbandskörpers, welche ähnliche Ziele verfolgen wie der Verband, nicht angehören dürfen, und von dem bis jetzt loyalerweise noch kein Gebrauch gemacht worden ist, mit aller Schärfe in Anwendung bringen und die Postverwalter, die der Postverwalter-Vereinigung angehören, ausschließen wird.

Der Verlust an Mitgliedern wird für den Verband nicht bedeutend sein. Rechnen wir 1000 von den zirka 1200 dem Verbande angehörenden Postverwaltern, welche ausscheiden werden, so fällt dieser Verlust bei einer Mitgliederzahl von zirka 35 000 nicht allzusehr ins Gewicht, ganz abgesehen davon, daß ein Teil der Postverwalter, namentlich die der Bezirke Düsseldorf und Köln, den Beschluß des Postverwaltertages nicht billigen, und daher wohl noch wie vor neben vielen anderen Postverwaltern im Reich Verbandsmitglieder bleiben werden.

Am wichtigsten aber erscheint uns der moralische Effekt des bedauerlichen Beschlusses, und werden sich die schädlichen Folgen davon für beide Teile bald bemerkbar machen. Die schöne Harmonie ist gestört. Die Postverwalter werden bald gewahr werden, daß sie sich auf falschem Wege befinden, wenn sie glauben, ihre Wünsche durch gesondertes Vorgehen früher und besser verwirklichen zu können, als im Rahmen der Verbandsorganisation. Es fehlt ihnen von vornherein die Wucht der großen geschlossenen Masse. Vor allen Dingen sollten sie nicht vergessen, daß sie Angehörige des Assistentenstandes sind und bleiben werden, und solange die Vorsteher der Postämter 3 aus den Beamten ausgewählt werden, welche die Postsekretärprüfung nicht abgelegt haben, fehlt u. E. jedes Recht und damit jede Aussicht auf eine nach irgendwelcher Richtung hin höhere Bewertung als die Assistenten.

Eine Stellen- oder Funktionszulage für die Postverwalter als Aequivalent für ihre Leistungen als Postamts-Vorsteher hat auch der Verband befürwortet, desgleichen ist er warm für viele andere Verbesserungen der Lage der Postverwalter eingetreten. Mehr kann auch die Postverwalter-Vereinigung nicht erstreben wollen.

Wir geben nochmals unserem Bedauern über die eingetretene Spaltung innerhalb der mittleren Postbeamtenschaft Ausdruck, um so mehr als wir der neuen Postverwalter-Gründung ein langes Leben nicht voraussagen können und bei etwas mehr Entgegenkommen sich eine Trennung hätte sehr wohl vermeiden lassen.

Deutsches Reich.

Leipzig, 24. Februar.

* **Der Kaiser unterwegs.** Der Kaiser, der gestern früh nach 9 Uhr mit Automobil von Wilhelmshaven abgereist war und um 11 Uhr 35 Min. Delmenhorst passiert hatte, traf unter dem Jubel der Bevölkerung 11 Uhr 54 Min. an dem Bremer Rathause ein. Zu seiner Begrüßung waren erschienen die beiden Bürgermeister Dr. Marcus und Dr. Barkhausen und der Bevollmächtigte beim Bundesrat Senator Dr. Pauli. Im Ratskeller wurde der Kaiser von dem anwesenden Publikum mit stürmischen Hurrarufen begrüßt. Von einigen Damen der Gesellschaft wurden ihm prächtige Blumensträuße überreicht. Hierauf begab sich der Kaiser ins Kaiserzimmer, wo das Frühstück eingenommen wurde. Gegen 2 Uhr verließ der Kaiser den Ratskeller und fuhr auf dem Wege zum Bahnhofe bei dem neuen Monumentalbau der Sparkasse vor, dessen Einrichtungen er unter Führung der Direktoren in Augenschein nahm. Um 2 Uhr 15 Min. reiste der Kaiser von Bremen ab. Es herrschte prächtiges sonniges Wetter.

hg. **Zur Förderung der Motorluftschiffahrt** fordert der Nachtragsetat des Reiches 500 000 ℳ. In der Begründung dazu führt die Regierung aus, daß die großen Interessen wirtschaftlicher und allgemein kultureller Art, die sich an die Herstellung leistungsfähiger Motorluftschiffe knüpfen, es geboten erscheinen lasse, die in Deutschland auf diesem Gebiete unternommenen Arbeiten auch reichsseitig zu fördern. Nachdem die kürzlich begründete Motorluftschiffahrt-Studiengesellschaft es auf sich genommen hat, das von dem Major von Parseval erbaute Motorluftschiff unstarren Systems zu erproben und fortzubilden, wird das gleiche mit dem Luftschiffe starren Systems, das Graf von Zeppelin konstruiert hat, zu geschehen haben. Das Luftschiff des Grafen Zeppelin hat bei seinen Aufstiegen am 9. und 10. Oktober 1906 hervorragende Fahrtleistungen gezeigt. Die dem Bau

SLUB
Wir führen Wissen.